



Newsletter



Inhalt

- **Ausblick 2017 – Nun müssen Taten folgen!**
Georg Wilhelm Adamowitsch, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV)
- **Young Leaders Conference 2017**
- **European Defence Action Plan (EDAP)**
- **Personalveränderungen im BDSV**
- **Termine 2017**

Impressum

Herausgeber: Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.
ATRIUM – Friedrichstr. 60, 10117 Berlin
Telefon: +49 30 2061 899-00
Fax: +49 30 2061 899-90
E-Mail: bdsv@bdsv.eu, Internet: www.bdsv.eu
Twitter: @BDSV_Berlin

Mit der Herausgabe beauftragt:
Mittler Report Verlag GmbH
Ein Unternehmen der Gruppe TAMM MEDIA
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Peter Boßdorf
Redaktion: Dorothee Frank
Bauscheidtstraße 11, 53113 Bonn
Tel.: (0228) 3500870 Fax: (0228) 3500871
E-Mail: peter.boßdorf@mittler-report.de

Bestellungen bei: Mittler Report Verlag GmbH
Copyright BDSV e.V.

Ausblick 2017

Nun müssen Taten folgen!

Georg Wilhelm Adamowitsch, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV)

Die Bundesregierung hat 2016 ein neues Weißbuch vorgelegt. In ihm wird auch die strategische Rolle und Bedeutung unserer Industrie für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik unseres Land und damit auch für die Sicherheit, die Freiheit und den materiellen Wohlstand seiner Bürger betont.

Eine solche strategische Ausrichtung war längst überfällig, wenn wir auch mittelfristig noch über eine Sicherheits- und Verteidigungsindustrie als ein wesentliches Kernelement nationaler Souveränität verfügen wollen. Im Prinzip hat die Bundesregierung die im Juni 2015 beschlossenen Grundsätze aus dem Strategiepapier zur Stärkung der deutschen Verteidigungsindustrie bestätigt. Diesen Beschlüssen müssen jetzt Taten folgen!

Das sind *erstens* die Festlegung und der Erhalt von nationalen militärischen Schlüsseltechnologien und den entsprechenden industriellen Fähigkeiten.

Im Strategiepapier der Bundesregierung aus dem Jahr 2015 sind die nationalen Schlüsseltechnologien festgelegt. Diese Festlegung bleibt aber ein Muster ohne Wert, wenn es in der Folge nicht zu einer finanziellen Stützung dieser ausgewählten Technologien kommt. Das ist derzeit nur in Ansätzen erkennbar. Deshalb muss jetzt zwingend die Frage beantwortet werden, welcher Etatansatz notwendig ist, um die Schlüsseltechnologien langfristig zu erhalten. Dahinter stehen letztlich auch immer Menschen, dahinter stehen Know-how und Arbeitsplätze.

Dazu sind Aufträge notwendig, die die Grundauslastung in den für die Schlüsseltechnologien relevanten Entwicklungsbereichen sichern. Ferner gehört dazu die systematische Definition von konkreten Entwicklungsprojekten, damit die gezielte Lenkung von ausreichend hohen F&T-Mitteln auf die Schlüsseltechnologien sichergestellt werden kann. Nur so werden wir es schaffen, die definierten Schlüsseltechnologien im Land zu halten.

Das ist *zweitens* eine nachhaltige verlässliche Genehmigungspraxis beim Rüstungsexport mit klaren prozessualen Leitplanken.

Über die Erteilung von Genehmigungen für Rüstungsexporte entscheidet die Bundesregierung im Einzelfall und unter Berücksichtigung der jeweiligen Situation im Empfängerland. Die Entscheidung erfolgt auf Basis der relevanten Gesetze, der politischen Grundsätze der Bundesregierung und des Gemeinsamen Standpunkts der EU. Wesentliche Entscheidungskriterien waren und sind dabei die Menschenrechtsaspekte. Aus unserer Sicht gibt es keinen Anlass, diese bis heute bewährte Praxis zu ändern. In Deutschland ist die Rüstungsexportkontrolle, auch im internationalen Vergleich, vorbildlich geregelt.

Von entscheidender Bedeutung ist es, dass wir in Europa endlich zu einer maximalen Angleichung der Rüstungsexportpolitik kommen. Und zwar zu einer Angleichung, die nicht bei einheitlichen Gesetzes- und Verordnungstexten endet. Was europaweit harmonisiert werden muss, ist

Informationsportal des BDSV im Internet www.ruestungsindustrie.info



Informationsportal
Bundesverband der Deutschen
Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.

Informationen und Erläuterungen zu Themen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland als Basis für einen sachlichen Diskurs bilden die Grundlage dieses Informationsportals.

die Exportgenehmigungspraxis. Davon sind wir derzeit leider weit entfernt. Können wir aber erwarten, dass Europa auf uns zukommt, um sich an unser System anzulehnen? Das können wir sicher nicht. Schon deshalb nicht, weil sich die meisten unserer Nachbarn diesen Wettbewerbsvorteil ihrer (teilweise staatlichen) Rüstungsindustrie nicht nehmen lassen werden.

Auf nationaler Ebene brauchen wir in puncto Exportgenehmigungen mehr Planbarkeit und wieder mehr Geschwindigkeit. Wir verlieren massiv an Vertrauen, wenn wir unsere Kunden bis zu einer endgültigen Exportentscheidung über viele Monate hinhalten müssen. Hier haben wir uns in Deutschland in einen weiteren Wettbewerbsnachteil hineinmanövriert, der überhaupt nicht notwendig ist. Wir erwarten deshalb von der Bundesregierung einen klaren Kurs und eine möglichst einheitliche Verwaltungshandhabung in der Exportkontrollpolitik. Um es klar zu sagen: Als Industrie stellen wir in keiner Weise das Primat der Politik beim Rüstungsexport in Frage. Was wir aber brauchen, ist eine möglichst konsistente und langfristig verlässliche Exportkontrollpolitik. Wechsel in der Handhabung von Einzelfallbeurteilungen gefährden das teilweise über viele Jahre aufgebaute Vertrauen bei unseren Partnern auch in der EU und der NATO.

Das ist *drittens* die möglichst langfristige Festlegung des Bedarfs an Ausrüstung für die Bundeswehr und die entsprechende Finanzierung.

Nach Jahren des Rückgangs sehen wir im Einzelplan 14 wieder einen Anstieg. Das Gesamtbild wird für uns als Industrie wieder etwas besser, wenngleich wir noch weit von den Zielwerten der NATO entfernt sind, die bei zwei Prozent des BIP liegen. Im Bereich des Rüstungsmanagements gibt es eine Reihe von Vereinbarungen, die für Auftraggeber und Auftragnehmer zu Verbesserungen führen werden. Einige Bereiche sind aber nach wie vor ungeklärt.

Und das ist *viertens* die Absicherung der Kooperationsfähigkeit der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in internationalen, mindestens aber in europäischen Zusammenhängen.

Im europäischen Rahmen werden sich selbstverständlich über kurz oder lang auch in unserer Branche noch mehr bi- und multilaterale Anbieterstrukturen herausbilden. Das können eher lose Projektkooperationen sein, Gemeinschaftsunternehmen im Sinne eines Joint Ventures oder komplett fusionierte Unternehmen.

Von der Politik wird es maßgeblich abhängen, ob wir als Partner für andere Europäer in Frage kommen. Alleine das hat viel mit der Exportpolitik zu tun. Die Exportpolitik ist mitentscheidend, ob wir als Partner attraktiv sind, ob wir eine führende Rolle im Prozess der Branchenkonsolidierung spielen oder ob wir uns unterordnen müssen und als nationale Industrie verschwinden.

Young Leaders Conference 2017

Der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV) lud in Zusammenarbeit mit dem Frankfurter Allgemeine-Forum zur 5. Young Leaders Conference am 24. Januar 2017 in das Berliner Atrium der FAZ ein. Erneut bot die eta-

sowie einer möglichen Neuausrichtung der internationalen Sicherheitsarchitekturen – unter anderem vor dem Hintergrund der Entwicklungen in den USA sowie des Brexit. Folgende Fragestellungen standen dabei im Vordergrund:



Foto: Klaus Weddig

Bundesminister a.D. Peer Steinbrück hielt die Eröffnungsrede auf der diesjährigen Young Leaders Conference.

blierte Veranstaltung zur „deutschen Sicherheitspolitik in der öffentlichen Diskussion“ Nachwuchsführungskräften die Gelegenheit zum Austausch mit führenden Persönlichkeiten der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Sicherheits- und Verteidigungsbranche. Die diesjährige Konferenz widmete sich den sicherheitspolitischen Folgen des IS-Terrors

- Welchen Preis muss Deutschland für ein geeintes Europa zahlen? Und warum?
- Was wird aus dem Westen? Wie sehen mögliche Neuausrichtungen der internationalen Sicherheitsarchitektur aus?
- Nationalismus, Populismus und Identitätspolitik – Ersetzen politische Reflexe den gesunden Menschenverstand?



Foto: Klaus Weddig

Auch der ehemalige Präsident der Republik Polen Aleksander Kwaśniewski – hier im Interview – trug auf der Konferenz vor.

Foto: Klaus Weddig



Prof. Dr. Dr. Michel Friedman (2.v.l.) im Gespräch mit Studierenden

- Was sind die Ursachen der aktuellen Krise Europas und wie kann ihnen begegnet werden?

Als Konsens wurde auf der Konferenz erkennbar, dass die Herausforderungen der Zukunft nicht durch einzelne Nationalstaaten zu bewältigen sind. Deutschland steht – eingebettet in die Europäische Union – vor der Aufgabe, in einer Führungsrolle mehr Verantwortung zu übernehmen.

Eröffnet wurde die Konferenz durch Bundesminister a.D. Peer Steinbrück. In seiner Rede ging er den Fragen nach, welche Verantwortung Deutschland für Europa aufgrund der aktuellen geopolitischen Entwicklungen übernehmen und warum „Deutschlands Preis für Europa“ akzeptiert werden sollte.

Im Folgenden diskutierten Studierende mit Prof. Dr. Dr. Michel Friedman, Geschäftsführender Direktor des Center for Applied European Studies an der Frankfurt University of Applied Sciences, über die Auswirkungen eines zunehmend wahrnehmbaren Protektionismus.

Am Streitgespräch „Quo vadis Europa? Ist die Krise Europas eine Krise ihrer Institutionen oder ihrer Nationalstaaten“ nahmen Elmar Brok MdEP (CDU), langjähriger Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, Dr. Péter Györkös, Botschafter von Ungarn, Marta Kos Marko, Botschafterin der Republik Slowenien, Prof. Günter Verheugen, ehemaliger EU-Kommissar für die EU-Erweiterung und Vizepräsident der Europäischen Kommission a.D, und Manuel Sarrazin MdB (Bündnis 90/Die Grünen) teil.

„Bietet die Krise Europas eine Chance für eine gestärkte Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik?“ war das Thema des Panels, auf dem die Mitglieder des Bundestages Fritz Felgentreu (SPD), Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen) und Julia Obermeier (CSU) unter

der Moderation von Michaela Kufner (Deutsche Welle) diskutierten.

In einer Schlussbetrachtung sprach Außenminister a.D. Joschka Fischer über die derzeitige Sicherheitslage in Europa. Unter der Thematik „Frieden wird nie selbstverständlich. Aber wie können wir Krieg unmöglich machen?“ hielt er dabei fest, „man müsste den Menschen abschaffen“, um Krieg unmöglich zu machen. Um Krieg jedoch unwahrscheinlicher zu machen und eine stabile Sicherheitslage zu schaffen, muss Deutschland seiner Verantwortung in der Eurozone nachkommen und diese verstärken.

Ein Fazit der Veranstaltung lautet: Schwäche führt nicht zu Frieden. Daher gilt es, dem Trend einer Rückkehr zur rein nationalen Sicherheitspolitik entgegenzutreten. Die Stärkung von Nato und EU muss durch die Mitglieder als gemeinsame Aufgabe wahrgenommen werden. Der daraus resultierenden sicherheitspolitischen Verantwortung darf sich Deutschland nicht entziehen.



Die Teilnehmer des Panels „Quo vadis Europa?“ (v.l.n.r.): Manuel Sarrazin MdB, Botschafter Dr. Péter Györkös, Prof. Günter Verheugen, Botschafterin Marta Kos Marko, Elmar Brok MdEP und Dr. Henning Hoff (Moderator)



Bundesminister a.D. Joschka Fischer während seiner Schlussbetrachtung

Foto: Klaus Weddig

Foto: Klaus Weddig



Foto: © IMAK – Fotolia.com

BDSV Termine 2017

13.-14.03.

Deutsch-Tschechische
Industrietage, Prag

22.03.

BDSV-Industrietag auf der CeBIT,
Hannover

27.03.

BDSV Ausschuss für Wirtschaft und
Recht, Berlin

27.03.

BDSV AG „Zukunftsfähigkeit“, Berlin

28.03.

BDSV Ausschuss Forschung und
Technologie, Berlin

04.04.

BDSV AG Simulation, Heidelberg

12.04.

BDSV Mittelstandstag, Berlin

27.04.

BDSV Branchentag für
Militärattachés, Berlin

03.05.

Gemeinsamer Jour Fixe von BDSV
und BDLI, Berlin

09.-12.05.

IDEF, Istanbul

BDSV

Weitere Informationen zu den
Veranstaltungen finden Sie auch
unter www.bdsv.eu

European Defence Action Plan (EDAP)

Der BDSV begrüßt den European Defence Action Plan (EDAP) und teilt die darin getroffenen Feststellungen. Diese sind allerdings nicht neu. Defizite bei der gemeinsamen Forschung und gemeinsamen Programmen sind seit Jahren bekannt, wurden aber bis heute nicht konsequent angegangen. Wir hoffen, dass dieser Aktionsplan der EU eine Mehrheit bei den nationalen Regierungen findet und so der notwen-

digen europäischen Zusammenarbeit wichtige Impulse geben kann. Das betrifft insbesondere die Zusammenarbeit in der Forschung und bei Beschaffungsprogrammen sowie die Ausgestaltung der wettbewerblichen Rahmenbedingungen im europäischen Binnenmarkt. Hier gibt es noch viel zu tun. Aus den Ankündigungen, auch der Bundesregierung, müssen nun endlich die politischen Schlussfolgerungen gezogen werden.



Foto: BDSV

Vom 19. Februar bis 23. Februar 2017 präsentierte sich, koordiniert von BDSV Exhibitions, die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie auf der IDEX in Abu Dhabi. Das Bild zeigt u.a. den Präsidenten des BDSV, Armin Papperger, das BDSV Vorstandsmitglied Claus Günther sowie den Geschäftsführer des BDSV, Andreas von Büren, mit dem Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Andreas Krause, und Generalleutnant Frank Leidenberger.

Personalveränderungen im BDSV

Am 1. Dezember 2016 hat **Andreas Ehlers** die Geschäfte des Abteilungsleiters Finanzen von Erich Halling übernommen, der in den Ruhestand getreten ist. Stabsfeldwebel a.D. Ehlers hat bis 2014 im NATO Rapid Deployable Corps in Istanbul gearbeitet. Danach war er als Reservedienstleistender im Multinationalen Korps Nordost in Stettin tätig.

Seit dem 1. Februar 2017 ist **Martin Wirzberger** beim BDSV als Referent tätig. Mit Dienstgrad Hauptmann war er zuletzt bei der Bundeswehr als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum Informationsarbeit Bundeswehr im Bereich Weiterentwicklung der Informationsarbeit des BMVG tätig.

Foto: BDSV



Foto: BDSV

